

SP-Bayr: Ulrichsbergtreffen ist alles andere als abgegrenzt vom rechten Rand

Utl.: Keine öffentlichen Förderungen des UGB

Wien (OTS/SK) – Heuer findet das “Heimkehrertreffen” nach Unterbrechung wieder am Ulrichsberg statt und trotz Ankündigungen des Präsidenten der Ulrichsberggemeinschaft (UGB) Kanussi ist es ein Zusammentreffen von einschlägigen Personen vom rechten Rand.

SP-Nationalrätin Petra Bayr kritisiert nicht nur die Förderung durch das Land Kärnten: “Die Ulrichsberggemeinschaft wird vom Land Kärnten jährlich mit 11.000 Euro unterstützt. Für dieses Jahr hat Kanussi sogar weitere Förderungen angesucht, nachdem Minister Darabos die Unterstützung durch das Bundesheer für den Transport auf den Berg versagt hat”, so Bayr. *****

“Der Verteidigungsminister stellt berechtigter Weise keine Infrastruktur des Bundesheeres mehr zur Verfügung. Darüber hinaus hat der Standard kürzlich berichtet, dass die UGB in Räumlichkeiten der Stadt Klagenfurt untergebracht ist, zu sehr günstigen Konditionen für die UGB. Ich finde es empörend, dass öffentliche Mittel an solch einen Verein gehen und sehe es als demokratiepolitisches Gebot der Stunde, statt Energien und Mittel des Landes Kärnten in das UGB zu stecken, diese lieber in Neuwahlen zu investieren”, so die SPÖ-Abgeordnete. Bayr spricht sich gegen weitere öffentliche Unterstützungen der UGB aus: “Ich hoffe ja sehr, dass das Land Kärnten nicht noch mehr Geld zuschießt.” *****

Die Facebook Seite des UGB spricht eine klare Sprache der SS-Verherrlichung. Bayr sieht dies in krassem Gegensatz zur Aussage Kanussis “solche Kreise” fernzuhalten: “Wenn Kanussi es ernst meint und das Ulrichsbergtreffen aus dem rechten Rand befreien will, darf er SS-Verherrlichungen auf der Facebook Seite einfach nicht zulassen. Gedichte des Nazi Poeten Herybert Menzel haben hier genau so wenig verloren wie Aussagen “Mein Onkel war auch bei der SS. Ich bin sehr stolz darauf, so jemanden in meiner Familie zu haben”.

Abschließend wiederholt Bayr die Wichtigkeit von Neuwahlen für das Land Kärnten: “Das Land Kärnten sollte seine Gelder besser in baldige Neuwahlen investieren, damit die KärntnerInnen endlich die Möglichkeit haben, eine Regierungsmehrheit abzuwählen, die nur in der Vergangenheit verhaftet ist, aber keine Zukunft für dieses Bundesland anbieten kann.” (Schluss) gd/mp